

Europabericht

2. Vierteljahr 2012

Europe Direct: Steirer fragen „die EU“

AIR – die Luftqualitätsinitiative von zwölf europäischen Regionen aus sieben Staaten

Steirische Termine im Brüssel-Büro

Internationale Kontakte der Steiermark

Europarecht aktuell

Europa 2020: Nationales Reformprogramm Österreich 2012 und die Empfehlungen der Europäischen Kommission

Aus dem Ausschuss der Regionen

Zweimal „RegioStars“ für steirische Projekte

Neue Rechtsakte und Rechtssetzungsvorschläge

GZ.: ABT09-34544/2010-947



Das Land
Steiermark

→ Kultur, Europa, Außenbeziehungen



**Sehr geschätzte Abgeordnete zum Steiermärkischen Landtag!
Werte Leserinnen und Leser!**

Der vorliegende Europabericht liefert einen Überblick über die Aktivitäten des Europa-Ressorts im zweiten Quartal 2012 sowie eine Darstellung der Empfehlungen der Europäischen Kommission an Österreich im Rahmen des „Europäischen Semesters“.

Am Beginn steht ein Bericht über die Europa-Informationstätigkeit des Europaresorts. Es ist Träger des steirischen EuropeDirect Informationsnetzwerks und bietet Steirerinnen und Steirern in Umsetzung der steirischen Europastrategie 2020 Informationen aus erster Hand zu europäischen Themen – den Weg zu EU-Förderungen, Fragen zu grenzüberschreitender Arbeit, Zugang zu EU-Dokumenten und Vieles mehr. Dieses kostenlose Angebot kann telefonisch, per E-Mail oder durch einen Besuch im Info-Center beim Grazer Burgtor, Burgring 4 genutzt werden. 2012 hat das Team von EuropeDirect Steiermark bereits über 200 konkrete Anfragen bearbeitet, und in zahlreichen Informationsveranstaltungen dafür gesorgt, dass objektive Fakten über die Europäische Union, die Mitgestaltungsmöglichkeiten der Steiermark als aktiver Region sowie auch über den Nutzen des gemeinsamen Europa für die Steiermark kommuniziert werden.

Einen großen Erfolg feierte die Steiermark im Juni bei der Verleihung des „Regio-Stars Award 2012“, mit dem die Europäische Kommission jedes Jahr exzellente Regionalprojekte auszeichnet. In der Kategorie „Intelligentes Wachstum“ wurde der Umwelttechnik-Cluster Eco World Styria ausgezeichnet, das Projekt „GRaBS (Green and blue space adaption for urban areas and ecotowns) ging in der Kategorie „Nachhaltiges Wachstum“ als Sieger hervor.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Christian Buchmann

Landesrat für Wirtschaft, Europa und Kultur



Inhalt

1a: Die Steiermark in der EU – Thementeil4
Europe Direct: Steirer fragen „die EU“ 4
AIR – die Luftqualitätsinitiative von zwölf europäischen Regionen aus sieben Staaten 5
Steirische Termine im Brüssel-Büro 6

1b: Die Steiermark in der EU – Infoteil8
Internationale Kontakte der Steiermark..... 8
Europarecht aktuell..... 11

2a: Europa und die Steiermark – Thementeil13
Europa 2020: Nationales Reformprogramm Österreich 2012 und die Empfehlungen der Europäischen Kommission..... 13
Aus dem Ausschuss der Regionen 16
Zweimal „RegioStars“ für steirische Projekte..... 17

2b: Europa und die Steiermark – Infoteil21
Neue Rechtsakte und Rechtssetzungsvorschläge..... 21



EUROPASTRATEGIE

Die steirische Europastrategie wurde vom Landtag am 27. September 2011 beschlossen. Immer wieder wird im Europabericht über Aktivitäten informiert, die in Umsetzung dieser Strategie erfolgen. Um dies transparenter zu gestalten, macht die nebenstehende Grafik deutlich, dass die beschriebene Initiative Teil der Umsetzung der [Europastrategie](#) ist.

=> www.europa.steiermark.at



1a: Die Steiermark in der EU – Thementeil

Europe Direct: Steirer fragen „die EU“

Seit 2005 ist das Europaressort Partner der Europäischen Kommission in der EU-Kommunikation im Rahmen von EuropeDirect. Die Europäische Kommission hat, da sie sich der Bedeutung der Regionen für EU-Kommunikation bewusst ist, dieses EuropeDirect Netzwerk initiiert: Trägereinrichtungen auf regionaler Ebene in allen Staaten der Europäischen Union erhalten auf Basis mehrjähriger Verträge als regionale „Europainformationsstellen“ von der EU-Kommission eine Pauschal-Unterstützung (in der Steiermark jährlich 25.000 Euro). Sie bieten der Bevölkerung Informationen und Zugang zu Dokumenten über die EU. Die vom Landtag Steiermark im September 2011 beschlossene Europastrategie „Standpunkte vertreten, Standort stärken, die neue Europastrategie für eine starke Steiermark“ gibt den Rahmen für diese Kommunikationsaufgabe in der Steiermark vor. Zentral dabei sind eine aktive Kommunikationsarbeit sowie die Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger, Anfragen zu europäischen Themen unbürokratisch an kompetente Ansprechpartner richten zu können.

Dafür stehen mehrere Möglichkeiten zur Verfügung: Anfragen können telefonisch unter der Nummer 0316 877 2200, per E-Mail an europedirect@steiermark.at oder persönlich im Info-Center beim Grazer Burgtor am Burgring 4 an das Europaressort gerichtet werden. Dieses Angebot wird intensiv genutzt: im Jahr 2012 wurden bereits rund 200 Anfragen von Steirerinnen und Steirern sowie von steirischen Unternehmen, Initiativen und Vereinen bearbeitet.

Die in der Praxis häufigsten Fälle betreffen Anfragen zu Möglichkeiten, für Initiativen oder Projekte EU-Förderungen zu erhalten. In diesen Fällen leistet das Europaressort eine Erstauskunft und bietet eine Wegweiserfunktion an: Es wird nach einer ersten Prüfung von Fördermöglichkeiten eine Information über die jeweiligen in Frage kommenden Förderprogramme erstellt, in der die wesentlichen Inhalte des Programms erläutert werden sowie nähere Informationen erteilt werden, wo und wie man detaillierte Informationen zu den Programmen bzw. Einreichungen bekommt.

Ein weiterer Schwerpunkt von Fragen knüpft an das Thema Mobilität. Sowohl EU-Bürger, die in die Steiermark ziehen als auch Steirerinnen und Steirer, die vor einer Reise oder einem Umzug in ein anderes Land stehen, wenden sich mit Fragen an das Europaressort. Dabei geht es oft um Fragen der beruflichen Anerkennung, notwendige Behördenwege, Genehmigungen und rechtliche Rahmenbedingungen.



Mo.-Do. 8-16:00, Fr. 8-12:30 Uhr



Oft sind es aber auch Unternehmen, die spezielle EU-Dokumente benötigen, Bürgerinnen und Bürger, die grundsätzliche Fragen zu europäischen Themen und europapolitischen Vorgängen haben, Studenten, die sich erkundigen wie man Praktika bei europäischen Institutionen absolvieren kann - der Vielfalt der Themen bei Anfragen sind kaum Grenzen gesetzt.

AIR – die Luftqualitätsinitiative von zwölf europäischen Regionen aus sieben Staaten

AIR steht für „Airquality Initiative of Regions“ und ist eine von der Steiermark initiierte Kooperation von zwölf Regionen aus sieben EU-Mitgliedstaaten, die zum Ziel haben, ihre Erfahrungen in die anstehende Revision der europäischen Luftqualitätspolitik einzubringen. Wesentliches Ziel der Initiative ist es, Maßnahmen zur Luftqualität verstärkt dort zu setzen, wo Emissionen entstehen, denn die Erfahrung zeigt, dass eine Reduktion der Emissionen „direkt am Auspuff“ bzw. an den Verursacherquellen langfristig am wirkungsvollsten ist.

Am 26. Juni 2012 organisierte das Steiermark-Büro in Kooperation mit den AIR-Partnerregionen eine große internationale Konferenz im Europäischen Parlament um aufzuzeigen, wo die Schwachstellen der aktuellen EU-Gesetzgebung liegen. Umweltlandesrat Dr. Gerhard Kurzmann unterzeichnete für die Steiermark das Positionspapier von AIR und debattierte mit EU-Umweltkommissar Janes Potocnik, Abgeordneten des Umwelt- und des Industrieausschusses des Parlaments sowie regionalen Umweltpolitikern neue Wege der europäischen Luftqualitätspolitik. Das Interesse an der Konferenz war groß: Mehr als 400 Vertreter von Umweltverbänden, Industrie und Regionalvertretungen folgten der ganztägigen Debatte.

Die AIR tritt für eine Reduktion der Emissionen direkt an der Verursacherquelle (z.B. Verbrennungsmotoren, Reifen und Bremssysteme, Heizungsanlagen, Baumaschinen usw.) ein, haben doch die betroffenen Regionen und Städte wenig Einfluss auf die angebotene Produktpalette und Kaufentscheidung der Bürger. Sie können lediglich die Verwendung besonders verschmutzender Geräte in begrenztem Maße einschränken.

Mit dem AIR-Positionspapier zur Überarbeitung der europäischen Luftqualitätspolitik schlagen die Regionen vor, prioritär Maßnahmen für jene Luftschadstoffe zu treffen, die von Experten als besonders gesundheitsrelevant eingestuft werden. Die Weltgesundheitsorganisation WHO wurde von der



AIR – „Air Quality Initiative of Regions“

Zwölf Regionen aus

- Belgien
- Deutschland
- Großbritannien
- Italien
- Niederlande
- Österreich
- Spanien

Siehe auch

⇒ www.kommunikation.steiermark.at/cms/beitrag/116_97819/29767960



Kommission mit der Erstellung einer entsprechenden Studie beauftragt. Alle Politikfelder wie z.B. Klima-, Industrie- oder Energiepolitik sollen nach den Vorstellungen von AIR an einem Strang ziehen, denn zu oft konterkarieren Maßnahmen anderer Politikbereiche die Erreichung der Umweltziele. Dass Regionen mit intensiven wirtschaftlichen Aktivitäten, starkem Transitverkehr oder Ballungsräumen in Kessellagen besondere Anstrengungen unternehmen müssen, liegt auf der Hand. Dies sollte auch von der Kommission anerkannt und berücksichtigt werden.

Die Mitgliedsregionen von AIR, welches von der Steiermark mitinitiiert wurde, erwirtschaften 22% des europäischen BIP und umfassen 18 % der EU-Bevölkerung.

Steirische Termine im Brüssel-Büro

Am 3. Mai 2012 lud Landesrätin Mag. Elisabeth Grossmann zu einem Treffen des „AT-Frauennetzwerks“ in das steirische Brüssel-Büro. Die Österreicherinnen in Führungsfunktionen der europäischen Institutionen und Länderbüros zeigten sich sehr interessiert an den Reformmaßnahmen, die zur Zeit in der Steiermark gesetzt werden.

Das Steiermark-Büro veranstaltete am 8. Juni 2012 den 70. Jour Fixe des Netzwerks der österreichischen Führungskräfte in den europäischen Institutionen. Michael Reiter vom Auswärtigen Dienst der Europäischen Union berichtete aus seinem Erfahrungsschatz als EU-Vertreter in der Schweiz und stellte sich die Frage „Sind die Schweizer die schlauerer Europäer?“

Schließlich waren im zweiten Quartal folgende Besuchergruppen zu Gast im Steiermark-Haus, um sich über die EU und die Vertretung steirischer Interessen vor Ort in Brüssel zu informieren:

- 12. April: Landesschülervertreter (19 Teilnehmer)
- 19. April: Studentengruppe der FH Joanneum (25 Teilnehmer)
- 09. Mai: Besuch von LAbg. Bgm. Peter Tschernko, Bezirksgeschäftsführerin Irmgard Wran-Schumer, sowie 22 Teilnehmern am Europatag
→ www.europa.steiermark.at/cms/beitrag/11660693/7481930/





- 10. und 11. Mai: Studentengruppe Besuch durch FH Joanneum (12 Teilnehmer)
➔ www.europa.steiermark.at/cms/beitrag/11660697/7481930/_1
- 22. Juni: Gruppe der Landesberufsschule Bad Gleichenberg (16 SchülerInnen)
➔ www.europa.steiermark.at/cms/beitrag/11674182/2950520/
- 06. Juni: Besuch einer Delegation der Wirtschaftskammer mit dem Präsidenten der Wirtschaftskammer Steiermark, Ing. Josef Herk, Vizepräsident Mag. Jürgen Roth, Kammerdirektor Mag. Thomas Spann (22 Teilnehmer)



1b: Die Steiermark in der EU – Infoteil Internationale Kontakte der Steiermark

Kalendarium

Mai 2012:

Frankreich / Departement du Nord

Im Mai kamen Martina Clairy, Abteilung Internationale Beziehungen des Departement du Nord und Annie-Claire Dufour, Abteilung für Jugend, Generationen und Familie des Departement du Nord zu einem Arbeitsbesuch in die Steiermark, um gemeinsame Projekte mit im Bereich der Jugend (Jugend- und Kinderparlament), der Kultur, der Bildung (Joanneum Research und Karl-Franzens-Universität Graz), der Wirtschaft und dem Sozialbereich zu generieren. In Workshops wurden die steirischen Partner und Partnerinnen eingeladen, sich an der konkreten Projektumsetzung zu beteiligen.

Musikalische Reise durch Europa

Aus Anlass des Europatages sowie des polnischen Nationalfeiertages luden Landesrat Dr. Christian Buchmann und Polens Honorarkonsul Dr. Gerold Ortner am 14. Mai 2012 zu einer Feierstunde in die Aula der Karl-Franzens-Universität in Graz.

Die polnische Kammersängerin Joanna Borowska-Isser gestaltete gemeinsam mit Studierenden der Kunstuniversität Graz vor 460 Gästen, unter ihnen Frau Landeshauptmann a.D. Waltraud Klasnic, Herr Landeshauptmann a.D. Dr. Josef Krainer, der Präsident des Bundesrates, Gregor Hammerl, sowie Bischof Egon Kapellari einen musikalischen Abend mit Werken internationaler KomponistInnen. Das Land Steiermark pflegt ein intensives Netzwerk von Partnerschaften mit mittlerweile sieben polnischen Woiwodschaften, um in all jenen Fragen zusammenzuarbeiten, die für Regionen in Europa wichtig sind. So wurde die Grundlage für den Erfahrungsaustausch in Fachbereichen wie Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Tourismus, Bildung oder Umwelt geschaffen.

Europatags-Ausklang im ORF-Landesstudio Steiermark

Landesrat Dr. Christian Buchmann lud am 9. Mai nach der Europa-Konferenz des Bundesrates im Grazer Landhaus anlässlich des Europatages zu einer hochrangig besetzten Kultur- und Diskussionsveranstaltung in das ORF-Landesstudio. Das Thema "Die Sehnsucht des Möglichen. Mobilität und Werte"

Bericht → www.europa.steiermark.at/cms/beitrag/11659443/2950520/

Video → www.videportal.steiermark.at/cms/beitrag/11661892/52800345/



**Polen / Woiwodschaft Lublin**

Im Mai fand der Arbeitsbesuch einer Delegation aus Lublin auf Initiative des Schwarzen Kreuzes in Graz statt. Abgesehen von Gesprächen im steirischen Landesarchiv, im Universalmuseum Joanneum und in der Fachabteilung für Europa und Außenbeziehungen, wurden die Beziehungen zum Schwarzen Kreuz in der Steiermark intensiviert. Eine Zusammenarbeit mit dem Universalmuseum Joanneum ist für das Jahr 2013 geplant.

Gemischte Kommission Österreich-Russland

Das höchste Wirtschaftsforum zwischen Österreich und der Russischen Föderation ist die "Österreichisch-Russische Gemischte Kommission für Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit", die von österreichischer Seite von Wirtschaftsminister Mitterlehner und seitens der russischen Delegation von Wissenschaftsminister Fursenko geleitet wird.

Im Rahmen dieser Gemischten Kommission sind verschiedene Arbeitsgruppen tätig, darunter die "Arbeitsgruppe zur besseren Zusammenarbeit Österreichs mit den Regionen und Subjekten der Russischen Föderation". Anlässlich der Tagung dieser Arbeitsgruppe im Mai in Wien unter der Leitung von DI Franz Wessig und Vizepräsident der Sberbank A. Gaskarov, fanden Betriebsbesichtigungen in der Steiermark zu den Themen Holzverarbeitung und Landwirtschaft statt.

Juni 2012:**Frankreich / Departement de la Vienne**

Am 12. Juni 2012 wurde in einem feierlichen Rahmen der Kooperationsvertrag mit dem Departement de la Vienne in der Needle im Kunsthaus Graz verlängert. Landesrat Dr. Christian Buchmann und Dr. Denis Brunet, Vizepräsident des Conseil General de la Vienne, bekräftigten mit ihrer Unterschrift die Weiterführung der nun schon mehr als 15 Jahre dauernden Zusammenarbeit der beiden Regionen. Im Anschluss an die Unterzeichnung erfolgten Betriebsbesichtigungen in steirischen Unternehmen aus dem Energiebereich.

Im Rahmen der Comenius Regio Partnerschaft zwischen der Steiermark und dem Département de la Vienne wurden und werden Übungsfirmen in beiden Partnerregionen und „Junior Companies“ in der Steiermark auf ihren positiven Beitrag bezüglich der Entwicklung des „Sozialkapitals“, der „Kreativität“ und des „Unternehmergeistes“ untersucht. Der zweite Workshop im Rahmen des Projektes fand im März 2012 in Poitiers statt.

Delegation aus der Region Olmütz / Tschechien

Am 19. Juni empfing Landesrat Dr. Christian Buchmann eine Kulturdelegation aus der Region Olmütz (Olomoucký kraj) unter der Leitung von Vizepräsident Radovan Rašák, zugleich Minister für Kultur, Sport und Freizeit.



Schwerpunkte des Gesprächs waren die Vermarktung regionaler Produkte und Biomasseanlagen sowie die Sondierung möglicher gemeinsamer Kooperationspartner für eine künftige Zusammenarbeit unter Nutzung geeigneter EU-Programme.

Die Karl-Franzens-Universität Graz hat seit dem Jahr 1991 einen Partnerschaftsvertrag mit der Palacky-Universität in Olomouc/Olmütz, der im Bereich der Theologie, der Geisteswissenschaften und der Rechtswissenschaften umgesetzt wird.

Aserbaidshan

Im Juni fand ein Arbeitsbesuch einer Delegation aus der aserbaidschanischen Region Naxcivan unter Leitung des dortigen Parlamentspräsidenten Vasif Talibov statt. Im Rahmen dessen wurden Arbeitsgespräche zu den Themen Wirtschaft, Holzwirtschaft, Energie, regionale Entwicklung, Landwirtschaft, Bildung und Tourismus geführt. Noch im Herbst dieses Jahres werden als Reaktion auf den Besuch Talibovs in Graz zwei steirische Delegationen aus der Holzwirtschaft und aus dem Bildungsbereich in Naxcivan und Baku durchgeführt.

Alpe-Adria-Jugend-Sommerspiele 2012

Vom 25. bis 28. Juni fanden die Alpe-Adria-Jugend-Sommerspiele in der Oststeiermark und im Burgenland statt. 800 SportlerInnen aus 6 Nationen und 12 Regionen maßen sich mit großer Begeisterung in insgesamt sechs Sportarten. Ziel dieser internationalen Sportveranstaltung ist neben der sportlichen Dimension das Kennenlernen anderer Kulturen und das respektvolle Umgehen mit denselben. Die Sportabteilung des Landes Steiermark war maßgeblich am guten Funktionieren der Veranstaltung beteiligt.

Botschafterempfänge

Landeshauptmann Mag. Franz Voves hat im Berichtszeitraum sechs BotschafterInnen in der Grazer Burg empfangen: aus Kroatien, Luxemburg, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Schweden und Kasachstan.

Sie alle haben ihren Dienst vor Kurzem in Wien angetreten und vertreten ihr Heimatland in Österreich. Die Inhalte der Gespräche waren vielfältig und reichten von innen- und außenpolitischen Themen bis zu Wirtschaft, Kultur und Sport.



Europarecht aktuell

RECHTSANPASSUNG IN DER STEIERMARK

[Verordnung](#) der Steiermärkischen Landesregierung vom 26. April 2010 über die Bekämpfung der Amerikanischen Rebzikade und der Goldgelben Vergilbung der Rebe, LGBl. Nr. 31/2012, in Umsetzung der Richtlinie 2000/29/EG vom 8. Mai 2000 über Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse, ABl. L 169 vom 10. Juli 2000, S. 1.

VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN MIT STEIERMARK-BEZUG

Verstoß gegen die Richtlinie 99/30/EG bzw. Richtlinie 2008/50/EG über Luftqualität und saubere Luft für Europa hinsichtlich der PM₁₀-Grenzwerte in Graz (Vertragsverletzungsverfahren 2008/2183)

Laut Artikel 13 Absatz 1 der Richtlinie 2008/50/EG stellen die "Mitgliedstaaten [...] sicher, dass überall in ihren Gebieten und Ballungsräumen die Werte für Schwefeldioxid, PM₁₀, Blei und Kohlenmonoxid in der Luft die in Anhang XI festgelegten Grenzwerte nicht überschreiten." In Anhang XI der Richtlinie 2008/50/EG sind zwei Arten von Grenzwerten für PM₁₀ festgelegt: Einer für die Konzentration pro Kalenderjahr in Höhe von 40 µg/m³ und einer für die Konzentration pro Tag in Höhe von 50 µg/m³, die nicht öfter als 35-mal im Kalenderjahr überschritten werden darf.

Die Europäische Kommission hatte eine Fristverlängerung für die Einhaltung der PM₁₀ Grenzwerte für den Raum Graz bis zum 11. Juni 2011 unter der Bedingung genehmigt, dass ein modifizierter Luftqualitätsplan erarbeitet und der Kommission übermittelt wird. Dieser wurde der Kommission übermittelt und wird seitdem geprüft.

Verstoß gegen die Richtlinie 2004/38/EG über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten bzw.

Verstoß gegen Art. 18 AEUV durch die Gestaltung der Fahrpreise öffentlicher Verkehrsmittel für Studierende (Klage Rs C-75/11)

Aufgrund einer Beschwerde von Studierenden hat die Europäische Kommission bereits 2006 Auskunft über die Gestaltung der Ermäßigungen für Studierende im öffentlichen Personennahverkehr in Österreich eingefordert. Im März 2009 hat die Kommission daraufhin ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, da sie der Ansicht ist, die Gestaltung der Studierendenermäßigungen sei in den meisten Bundesländern unionsrechtswidrig.

Die Kommission begründet dies mit der Knüpfung der Ermäßigung an den Bezug der österreichischen Familienbeihilfe. Dies schließt Studierende aus, deren Eltern

Feinstaub:
Noch keine Entscheidung der Kommission

Tickets für StudentInnen im ÖPNV: Diskriminierende Fahrpreisgestaltung



im Ausland lebten und verstoße gegen das Gleichbehandlungsgebot der Richtlinie 2004/38/EG bzw. gegen das Diskriminierungsverbot des Art. 18 AEUV. In ihrer Stellungnahme zum Mahnschreiben entgegnete Österreich insbesondere, die Ermäßigung sei keine Leistung an Studierende, sondern eine Leistung zugunsten der unterhaltspflichtigen Eltern und dies könne eine unterschiedliche Behandlung rechtfertigen.

Derzeit werden im Gericht Schlussanträge des Generalanwalts – eine Art Rechtsgutachten, das zur Vorbereitung der Entscheidung eingeholt wird – erarbeitet, die im September erscheinen sollen.

Mittlerweile ist dieses Verfahren jedoch nur noch formal von Relevanz, da die Studierendenermäßigung im Verkehrsverbund Steiermark nicht mehr vom Bezug der österreichischen Familienbeihilfe abhängig ist.

Nichtumsetzung der Richtlinie 2008/104/EG über Leiharbeit (Vertragsverletzungsverfahren 2012/0001)

Die Frist zur Umsetzung der Richtlinie ist am 5. Dezember 2011 abgelaufen. Eine Umsetzungszuständigkeit des Landes besteht im Bereich des Landarbeitsrechts. Dies ist jedoch eine Materie, bei der dem Bund die Grundsatzgesetzgebung zusteht und die Länder Ausführungsgesetze erlassen. Die Richtlinie gilt erst dann als umgesetzt, wenn die Ausführungsgesetze in Kraft sind.

Säumig ist in erster Linie der Bund, da das Grundsatzgesetz noch nicht an die Richtlinie angepasst wurde. Die Novellierung dieses Grundsatzgesetzes des Bundes ist zwar bereits abgeschlossen, allerdings besteht nach Auskunft des zuständigen Ministeriums noch Klärungsbedarf in einigen Punkten. Das Ausführungsgesetz muss in weiterer Folge sowohl der Richtlinie als auch dem Grundsatzgesetz entsprechen.

Nichtumsetzung der Richtlinie 2009/161/EG zur Festlegung einer dritten Liste von Arbeitsplatz-Richtgrenzwerten in Durchführung der Richtlinie 98/24/EG des Rates und zur Änderung der Richtlinie 2000/39/EG (Vertragsverletzungsverfahren 2012/2086)

Die Frist zur Umsetzung der Richtlinie ist am 18. Dezember 2011 abgelaufen. Die meisten Bundesländer waren säumig in der Umsetzung im jeweiligen Landes- und Gemeindedienstrecht bzw. im Landarbeitsrecht, da auf die Umsetzung auf Bundesebene zugewartet wurde.

In der Steiermark ist das Verfahren nur noch formal von Relevanz, da die Richtlinie durch Verordnungen der Landesregierung, die im Juni bzw. Juli beschlossen wurden, mittlerweile vollständig umgesetzt wurde.

Umsetzung der
Richtlinie über
Leiharbeit

Umsetzung der
Richtlinie über
Arbeitsplatz-
Richtgrenzwerte



2a: Europa und die Steiermark – Thementeil

Europa 2020: Nationales Reformprogramm Österreich 2012 und die Empfehlungen der Europäischen Kommission

Im Rahmen des „Europäischen Semesters“ müssen alle EU-Staaten ein jährliches Nationales Reformprogramm erarbeiten und der Europäischen Kommission übermitteln. Das soll einerseits einen stärkeren wirtschaftspolitischen Gleichklang innerhalb der EU schaffen und andererseits einen „maßgeschneiderten“ Weg zur Erreichung der Ziele der EU-Wachstumsstrategie „Europa 2020“ ermöglichen, wobei abhängig von der jeweiligen Ausgangslage nationale Ziele zu definieren sind.

Die fünf EU-Kernziele bis zum Jahr 2020 sind:

1. Beschäftigung

- 75 % der 20- bis 64-Jährigen sollen in Arbeit stehen.

Ziel EU 2020	Ziel Österreich 2020	Stand Österreich 2010
75%	77-78%	74,9%

2. Forschung und Entwicklung

- 3 % des BIP der EU sollen für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden.

Ziel EU 2020	Ziel Österreich 2020	Stand Österreich 2010
3%	3,76%	2,76%

3. Klimawandel und Energie

- Verringerung der Treibhausgasemissionen um 10 % gegenüber 2005;

Ziel EU 2020	Ziel Österreich 2020	Stand Österreich 2010
10%	16%	9,1%

- Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 %;

Ziel EU 2020	Ziel Österreich 2020	Stand Österreich 2010
20%	34%	30,8%



- Steigerung der Energieeffizienz um 20 %.

Ziel EU 2020	Ziel Österreich 2020	Stand Österreich 2010
20% (= 368 Mio t ROE)	7,16 Mio t ROE	Keine Daten

4. Bildung

- Verringerung der Schulabbrecherquote auf unter 10 %;

Ziel EU 2020	Ziel Österreich 2020	Stand Österreich 2010
10%	9,5%	8,3%

- Steigerung des Anteils der 30- bis 34-Jährigen mit abgeschlossener Hochschulbildung auf mindestens 40 %.

Ziel EU 2020	Ziel Österreich 2020	Stand Österreich 2010
40%	38%	35,2%

5. Armut und soziale Ausgrenzung

- Die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen soll um mindestens 20 Millionen gesenkt werden.

Ziel EU 2020	Ziel Österreich 2020	Stand Österreich 2010
20 Mio	235.000	159.000

Das aktuelle österreichische Reformprogramm 2012 wurde der Europäischen Kommission im April 2012 übermittelt

→ http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/nrp2012_austria_de.pdf

Das nationale Reformprogramm enthält zu allen Kernzielen eine Darstellung der Ist-Lage sowie konkrete Maßnahmen. Dabei wird unterstrichen, dass eine erfolgreiche Umsetzung der Europa 2020-Strategie nur unter Einbindung von Ländern und Gemeinden möglich ist. Daher wurde in das nationale Reformprogramm ein eigener Anhang aufgenommen, der bis zu zwei Vorzeigeprojekte auf Ebene der Länder und Gemeinden vorstellt. Aus der Steiermark wurden seitens des Landes die Wirtschaftsstrategie 2020 sowie das Modell „Lehre mit Matura“ in das Reformprogramm aufgenommen. Seitens der Stadt Graz werden die Modellregion e-mobility Graz sowie das Projekt Smart City/Zero Emission vorgestellt.

Empfehlungen des Rates der EU an die Republik Österreich 2012

Am 30. Mai wurden die **länderspezifischen Empfehlungen** des Rates der EU zu den jeweiligen Reformprogrammen der Mitgliedstaaten vorgestellt. Zu Österreich



wurden dabei sieben Empfehlungen ausgesprochen

→ <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st11/st11241.de12.pdf>:

Der Rat empfiehlt, dass Österreich

1. den Haushalt 2012 wie geplant umsetzt und die Haushaltsstrategie für das Jahr 2013 und darüber hinaus verstärkt und strikt umsetzt; Maßnahmen ausreichend spezifiziert (insbesondere auf subnationaler Ebene), um eine rasche Korrektur des übermäßigen Defizits und die Erreichung der durchschnittlichen jährlichen strukturellen Haushaltsanpassung sicherzustellen, die in den Empfehlungen des Rates vor dem Hintergrund des Defizitverfahrens festgelegt wurde; danach sollte Österreich eine angemessene strukturelle Haushaltsanpassung sicherstellen, um ausreichende Fortschritte bei der Erreichung des mittelfristigen Haushaltsziels, einschließlich der Einhaltung des Richtwerts für die Ausgaben, zu erzielen;

1. Weiterführung der Budgetkonsolidierung

2. weitere Schritte zur Stärkung des nationalen Budgetrahmens einleitet, indem die Verantwortungsbereiche von Bund, Ländern und Gemeinden entsprechend ausgerichtet werden, insbesondere durch die Umsetzung konkreter Reformen zur Verbesserung der Organisation, Finanzierung und Effizienz des Gesundheits- und des Bildungssektors;

2. Reform des Gesundheits- und Bildungssektors

3. die Harmonisierung des gesetzlichen Pensionsalters für Frauen und Männer zeitlich vorzieht; die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer verbessert und die Umsetzung der neuen Reformen zur Beschränkung der Inanspruchnahme von Frühpensionsregelungen überwacht, um sicherzustellen, dass das tatsächliche Pensionsalter angehoben wird, unter anderem indem das gesetzliche Pensionsalter an die Lebenserwartung gekoppelt wird;

3. Pensionssystem

4. Schritte unternimmt, um die effektive Steuer- und Sozialversicherungsbelastung der Arbeit zu verringern, insbesondere für Niedriglohnempfänger, und, angesichts der Notwendigkeit, auf die Auswirkungen demografischer Veränderungen auf die Erwerbsbevölkerung zu reagieren, die Beschäftigungsquote für ältere Arbeitnehmer und Frauen steigert; die steuerlichen Belastungen budgetneutral auf Immobilien- und Umweltsteuern verlagert; den hohen geschlechtsspezifischen Lohnunterschied reduziert und Vollzeitbeschäftigungsmöglichkeiten für Frauen fördert, insbesondere durch den Ausbau von Betreuungsdiensten für abhängige Personen;

4. Beschäftigungspolitik, Entlastung des Faktors Arbeit

5. weiterhin Maßnahmen umsetzt, um die Bildungsergebnisse zu verbessern, insbesondere bei benachteiligten jungen Menschen; Maßnahmen zum Abbau der Abbrecherquote im Hochschulbereich ergreift;

5. Bildung



6. weitere Schritte zur Förderung des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor in die Wege leitet, indem Marktzugangshindernisse in den Märkten für Kommunikation, Verkehr und Energieeinzelhandel beseitigt werden; sofern ungerechtfertigte Beschränkungen des Zugangs zu freien Berufen bestehen, diese abschaffen sollte; die Befugnisse der Bundeswettbewerbsbehörde stärkt und die Umsetzung der Reform der Wettbewerbsvorschriften beschleunigt;

6. Öffnung geschützter Bereiche

7. weiterhin diejenigen Banken umstrukturiert und überwacht, die staatliche Unterstützung erhalten haben, wobei eine übermäßige Verringerung des Fremdkapitalanteils zu vermeiden ist; die Zusammenarbeit und Koordinierung mit den Finanzaufsichtsbehörden in anderen Ländern bei nationalen politischen Entscheidungen weiter verbessert.

7. Bankenkapitalisierung

Aus dem Ausschuss der Regionen

FACHKOMMISSION EDUC / 23. APRIL 2012

In der Sitzung der Fachkommission für Bildung, Jugend, Kultur und Forschung (EDUC) des Ausschusses der Regionen am 23. April 2012 in Brüssel war die Steiermark durch Landesrätin Mag. Elisabeth Grossmann vertreten. Neben dem zukünftigen europäischen Forschungsprogramm „Horizon 2020“ befasste man sich vor allem mit Fragen des Datenschutzes und der Überarbeitung der Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors.



95. PLENARTAGUNG / 03.-04. MAI 2012

Die 95. Plenartagung des Ausschusses der Regionen fand vom 03. - 04. Mai in Brüssel statt. Landesrat Dr. Christian Buchmann nahm als Mitglied für die Steiermark im Plenum teil. Erneut wurden wichtige Anliegen angesprochen, die schon seit längerem die Tagesthemen in Brüssel bilden, wie z.B. die Feinstaubproblematik, die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013, die Weiterführung der Struktur- und Kohäsionsfonds ab 2014 sowie die Neuausrichtung des Förderprogramms ERASMUS.

Der Ausschuss der Regionen empfiehlt in seiner Stellungnahme zur Überprüfung der EU-Politik für Luftqualität und Emissionen eine allgemeine Stärkung der EU-Emissionspolitik; insbesondere müsse die Überarbeitung der Richtlinie über nati-



onale Emissionshöchstmengen so ehrgeizig angelegt sein, dass die Hintergrundkonzentrationen in ganz Europa gesenkt werden könnten. Die Vorschläge zur Kohäsionspolitik ab 2014 wurden vom Ausschuss der Regionen begrüßt. Die Beibehaltung einer Kohäsionspolitik für alle Regionen, die Fokussierung auf Investitionsprioritäten sowie ein stärkerer Top-down-Ansatz wurden positiv hervorgehoben. Der AdR forderte jedoch ein noch stärkeres Mitspracherecht der regionalen und lokalen Ebene, beispielsweise bei der Ausarbeitung der operationellen Programme. Letztlich sprach sich der AdR dagegen aus, Budget aus dem Kohäsionsfonds für andere Initiativen, wie z.B. die „Connecting Europe“-Fazilität, aufzubringen. Zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) betonte der AdR ebenfalls die Wichtigkeit einer Politik aller Ebenen, sowie der Erstellung einer einheitlichen Strategie für den ländlichen Raum. Außerdem benötige die GAP weiterhin ausreichend Budget um Nahrungsmittelkrisen gegensteuern zu können, die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen aufrecht zu erhalten sowie eine ausgeglichene Entwicklung der ländlichen Regionen zu ermöglichen. Der Verordnungsvorschlag „ERASMUS für alle“ wurde vom AdR grundsätzlich begrüßt. Die neue Regelung sieht ein Gesamtprogramm für die allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport vor. Die österreichische Delegation hat sich im AdR insbes. dafür eingesetzt, dass ein eigenes Förderprogramm für den Bereich der Jugend erhalten bleibt.

Alle Dokumente dieser Plenartagung sind beim [AdR unter cor.europa.eu](http://ad.r.europa.eu) online abrufbar, ein Video-Kurzbericht wurde unter www.youtube.com/watch?v=ULxTQTvjUmY veröffentlicht.

Zweimal „RegioStars“ für steirische Projekte

Der „RegioStars Award“ der Europäischen Kommission zeichnet seit 2008 die innovativsten Entwicklungsprojekte auf regionaler Ebene aus.

Gleich zwei Projekte, an denen die steirische Verwaltung maßgeblich beteiligt war, wurden in Brüssel bei den [RegioStars-Awards 2012](#) ausgezeichnet. In der Kategorie „Intelligentes Wachstum“ wurde der Preis für das Projekt [„Eco World Styria“](#) verliehen, das in die Zuständigkeit des Wirtschaftsressorts fällt.

In der Kategorie „Nachhaltiges Wachstum“ wurde das Projekt [GRaBS \(Green and blue space adaptation for urban areas and ecotowns\)](#) prämiert – ein Projekt, an dem das Raumordnungsressort beteiligt ist.



Eco World Styria -
RegioStars Award
„Intelligentes
Wachstum“

Eco World Styria wurde 2005 als Cleantech-Cluster für Umwelt- und Energietechnik gegründet und diente darüber hinaus dem Zweck, ein „Green Tech Valley“ von Weltrang in der Steiermark aufzubauen. Es soll die Wettbewerbsfähigkeit der Region auf internationaler Ebene durch Innovationen im Bereich der grünen Technologien erhöhen und das Wirtschaftswachstum fördern. Der Cluster stellt einen wesentlichen Bestandteil der neuen Wirtschaftsstrategie Steiermark 2020 dar.

Der Cluster wurde als öffentlich-private Partnerschaft eingerichtet. Seine Triebfeder ist die Zusammenarbeit zwischen Forschung, Wirtschaft und Regierung, durch die Ökoinnovationen auf ein höheres Niveau gehoben werden sollen. Er stellt gemeinsam mit strategischen Partnern eine Unterstützungsstruktur bereit, die es den Cluster-Kunden ermöglicht, in den Bereichen Biomasse, Solarenergie, Abfall- und Stoffströme sowie Wasser und Abwasser nachhaltig zu wachsen.

In der Steiermark sind heute mehr als 170 Cleantech-Unternehmen angesiedelt, von denen 15 auf ihrem Gebiet weltweite Technologieführer sind. Diese Unternehmen weisen mit einer durchschnittlichen (realen) Wachstumsrate von 19 % pro Jahr im Vergleich zum Wachstum des weltweiten Markts für saubere Technologien mit jährlich 10 % eine fast doppelt so hohe Wachstumsrate auf.

Die durch diese Cleantech-Unternehmen erwirtschafteten Erträge sind im Jahr 2010 auf 3,1 Milliarden EUR angestiegen, was 9 % des Bruttoregionalprodukts gegenüber 5 % im Jahr 2005 entspricht. Die Steiermark verfügt heute über eine der weltweit höchsten Konzentrationen von Cleantech-Unternehmen der Spitzenklasse im Umkreis von einer Stunde Fahrzeit.

Infolgedessen hat dieser Cluster von Weltrang ebenfalls zahlreiche große Unternehmen dazu bewegt, ihren Hauptsitz in die Steiermark zu verlegen.

Seit Projektbeginn haben ökoinnovative Unternehmen 5.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, wobei ihre Mitarbeiterzahl pro Jahr durchschnittlich um über 10 % anstieg.

Zur Förderung der Dienstleistungsinnovation hat Eco World Styria zusammen mit 30 internationalen Experten und sieben internationalen Fachmedien die Broschüre „ECO Future Radar“ konzipiert, in der schwerpunktmäßig die Trends und Marktentwicklungen im Cleantech-Bereich betrachtet werden. Mehr als 500 Unternehmen ziehen den Future Radar heran, um ihre Geschäftsstrategie zu überprüfen und Möglichkeiten für die Dienstleistungsinnovation zu ermitteln.

Des Weiteren wurden sogenannte „Technology Round Tables“ ins Leben gerufen, an denen Kunden, Wissenschaftler und Unternehmen teilnehmen. Das Ziel dieser Rundtischgespräche zum Thema Technologie besteht darin, die Unternehmen bei der Entwicklung neuer Technologien und Dienstleistungen zu unterstützen.



Eco World Styria war einer der 20 Pilotcluster, die in der Pilotphase der European Cluster Excellence Initiative im Hinblick auf die Auszeichnung für exzellentes Cluster-Management geprüft wurden. Der Cluster erzielte 99 % der maximalen Punktzahl, weshalb er mit dem Status „World Class Cluster“ (Cluster von Weltrang) ausgezeichnet wurde. Er wurde von der Cleantech Group, dem renommierten Netzwerk von US-Investoren, zur weltweiten Nummer 1 der Cleantech-Cluster gekürt.

Der Erfolg des Clusters hat dazu beigetragen, den Umfang der Selbstfinanzierung von nahezu Null zu Projektbeginn auf heute weit über 40 % des Gesamtbudgets (Jahresgebühren für die Unternehmen, Dienstleistungsentgelte) zu erhöhen.

Gesamtkosten und EU-Finanzmittel

Die förderfähigen Gesamtkosten des Projekts „Eco World Styria“ betragen 888.000 EUR, an denen sich der Europäische Fonds für regionale Entwicklung mit 444.000 EUR für den Programmzeitraum von 2007 bis 2013 beteiligt.

Das Ziel des Projekts **GRaBS – Green and Blue Space Adaptation for Urban Areas and Eco-towns** (Adaptierung der grünen und blauen Infrastruktur in Ballungszentren und Ökostädten) besteht darin, Instrumente und Erkenntnisse zur Verfügung zu stellen, damit die Stadtentwicklung in Europa, sowohl was bestehende als auch neue Infrastrukturen betrifft, an die Folgen des Klimawandels angemessen angepasst wird.

In erster Linie geht es um die Verbesserung der Kapazitäten und Kompetenzen in Bezug auf die Nutzung der „grünen“ und „blauen“ Infrastruktur. Der Begriff „grüne Infrastruktur“ bezieht sich auf Gärten, Parks, landwirtschaftliche Flächen, Grünkorridore, Gründächer und Fassadenbegrünungen. Bei „blauen Infrastrukturen“ handelt es sich um Flüsse, Bäche, stehende Gewässer, Überflutungsflächen und dauerhafte Entwässerungsanlagen. Beide Infrastrukturarten können in Bezug auf eine klimaresistente Entwicklung eine entscheidende Rolle spielen.

Bei GRaBS handelt es sich um ein INTERREG IVC-Projekt, an dem 14 Partner aus acht Mitgliedstaaten der EU beteiligt sind. Diese Partner repräsentieren Behörden, die sich einer Vielzahl von Herausforderungen des Klimawandels gegenübersehen.

Durch eine angemessene strategische Raum- und Stadtplanung lässt sich die Anfälligkeit gegenüber den erwarteten Auswirkungen des Klimawandels verringern. Im Rahmen des Projekts wurden zur Förderung der Rolle grüner und blauer Infrastruktur Richtlinien und Instrumente entwickelt, damit Städte und Gemeinden in ganz Europa angemessen angepasst werden können. Durch eine interregionale Zusammenarbeit erleichterte das GRaBS-Projekt den Austausch von bewährten

GRaBS – Green and Blue Space Adaptation for Urban Areas and Eco-towns - RegioStars Award „Nachhaltiges Wachstum“



Verfahren, Erkenntnissen und Erfahrungen in Bezug auf Strategien zur Anpassung an den Klimawandel zwischen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in ganz Europa.

Ein wesentliches Ergebnis des GRaBS-Projekts stellt die Entwicklung des Risk and Vulnerability Assessment Tool dar, das Planern die Möglichkeit bietet, Klima- und sozioökonomische Daten in ein GIS-Kartierungssystem einzugeben und die Anfälligkeit bestimmter Gebiete gegenüber Mustern des Klimawandels zu messen. Ergänzt wird dies durch die Einrichtung einer Onlinedatenbank mit internationalen Fallstudien, in der Informationen zu einer effektiven Planung von städtischen Gebieten im Hinblick auf die Anpassung an den Klimawandel gesammelt werden.

Dank des Impulses des GRaBS-Projekts wurde die Anpassung an den Klimawandel auf zahlreichen strategischen Ebenen in die Politik integriert. Die Projektpartner erstellen Adaptation Action Plans (AAP, Anpassungsaktionspläne) und verfassen politische Erklärungen auf höchster Ebene. Bis dato wurden 11 AAP von 11 Partnern in sieben Mitgliedstaaten ausgearbeitet.

Gesamtkosten und EU-Finanzmittel

Die förderfähigen Gesamtkosten des Projekts „GRaBS: Green and Blue Space Adaptation for Urban Areas and Eco-towns“ (Projekt GRaBS: Adaptierung der grünen und blauen Infrastruktur in Ballungszentren und Ökostädten) betragen 3.183.000 EUR, an denen sich der Europäische Fonds für regionale Entwicklung mit 2.430.000 EUR für den Programmzeitraum von 2007 bis 2013 beteiligt.



2b: Europa und die Steiermark – Infoteil

Neue Rechtsakte und Rechtssetzungsvorschläge

Das Europaressort versendet wöchentlich eine nach Themen gegliederte Übersicht der neuen Rechtsakte, die im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden. Alle Newsletter mit den neuen Rechtsakten finden Sie [hier](#).

Für die vollständige Aufzählung der Rechtssetzungsvorschläge klicken Sie [hier](#).

Im Folgenden werden die wichtigsten Rechtsakte und Rechtssetzungsvorschläge, die für die Steiermark von Relevanz sind, zusammengefasst:

NEUE RECHTSAKTE

BINNENMARKT, WETTBEWERB, STEUERN, WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITIK

[Verordnung](#) (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen

BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALPOLITIK

[Richtlinie](#) 2012/11/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. April 2012 zur Änderung der Richtlinie 2004/40/EG über Mindestvorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (elektromagnetische Felder) (18. Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG)

AUSWÄRTIGES HANDELN - HANDELPOLITIK, ZUSAMMENARBEIT MIT DRITTLÄNDERN, HUMANITÄRE HILFE

[Beschluss](#) des Rates der Europäischen Union vom 5. Dezember 2011 über die Aufnahme der Republik Kroatien in die Europäische Union

LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI

[Durchführungsverordnung](#) (EU) Nr. 579/2012 der Kommission vom 29. Juni 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 607/2009 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 479/2008 des Rates hinsichtlich der geschützten Ur-



sprungsbezeichnungen und geografischen Angaben, der traditionellen Begriffe sowie der Kennzeichnung und Aufmachung bestimmter Weinbauerzeugnisse

NEUE RECHTSSETZUNGSVORSCHLÄGE

UMWELT, ENERGIE UND KATASTROPHENSCHUTZ

[Vorschlag](#) für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung grundlegender Sicherheitsnormen für den Schutz vor den Gefahren einer Exposition gegenüber ionisierender Strahlung. KOM(2012) 242 endg.

BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALPOLITIK

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des EU-Programms "ERASMUS FÜR ALLE" für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport

AUSWÄRTIGES HANDELN - HANDELSPOLITIK, ZUSAMMENARBEIT MIT DRITTLÄNDERN, HUMANITÄRE HILFE

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA)